Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 227. [47. Jahrgang.] **Sonnabend den 26. September 1908.** **[47. Jahrgang.] Nr. 227.**

Abonnements-Einladung.

Die **Norddeutsche Allgemeine Zeitung** erscheint zum Preise von

4 Mark vierteljährlich

in einer großen einmaligen Ausgabe des Abends, die in der parlamentarischen Zeit durch eine getrennte, den Berliner Abonnenten Morgens zuzustellende Ausgabe der ausführlichen Parlamentsberichte ergänzt wird. Am Sonntag morgen wird regelmäßig eine Nummer ausgegeben.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ist das **am zuverlässigsten** über die Ereignisse der **auswärtigen Politik unterrichtende** Organ der deutschen Presse. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet, **gestützt auf die besten Informationen**, rasch, gewissenhaft und erschöpfend über alle wissenswerten Dinge auf dem Gebiete der **inneren Politik**, über wirtschaftliche und soziale Vorgänge, über Marine- und Kolonialangelegenheiten und ist als **besonders maßgebend** anerkannt in der Behandlung aller **militärischen** Fragen. Den praktischen Interessen der **Landwirte** wird durch eingehende Besprechung agrarischer Fragen Rechnung getragen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung **steht außerhalb jeder Partei, hält sich völlig unbeeinflußt von jedwedem Fraktionsgeiste** und verfolgt keine anderen als **nationale Interessen.**

Auch dem **Handelsteil** wird unablässige Aufmerksamkeit gewidmet. Neben den täglichen Mitteilungen über alle wichtigeren Vorgänge auf dem Gebiete der Börse und des Handels werden wöchentliche Uebersichten veröffentlicht, die die leitenden Gesichtspunkte für die Beurteilung der wirtschaftlichen Gesamtlage zusammenfassen. Ueber die Börsenvorgänge im Auslande werden die Leser ebenfalls fortlaufend unterrichtet.

Besonders sei die Aufmerksamkeit auf unseren **Parlamentsbericht** gelenkt, der ein vollkommen objektives Bild von dem Verlauf der Verhandlungen gibt.

Der **unterhaltende Teil** des Blattes unterrichtet eingehend über die Vorgänge auf den Gebieten der Wissenschaft, Literatur, Kunst, Theater, Musik und Technik. Außerdem bietet er mannigfaltige Plaudereien über die ernsten und heiteren Erscheinungen des Lebens. Sorgfältig ausgesuchte Romane und Novellen deutscher und ausländischer Verfasser ergänzen den reichen Inhalt dieses Teiles des Blattes.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuchen wir um rechtzeitiges Abonnement, zur Verhütung sonst eintretender Unregelmäßigkeiten im Eintreffen der Zeitung.

*

Wir machen darauf aufmerksam, daß laut Verfügung des Staatssekretärs des Reichspostamts vom 19. Dezember 1900 die Einziehung von Abonnementsgeldern auch durch die Briefträger erfolgen kann. Diese im Interesse des Publikums eingeführte Art der Einziehung der Zeitungsgelder kann durch ein kostenloses Schreiben bei der zuständigen Postanstalt beantragt werden. Die Quittungen der Briefträger besitzen Rechtsgültigkeit.

Berlin, den 25. September.

Rundschau im Auslande.

Zur Marokko-Frage.

Ueber die Sitzung des französischen Ministerrats, der am Donnerstag in Rambouillet tagte, berichtet die Agence Havas: Im Ministerrat, in dem Pichon die deutsche Antwort auf die französisch-spanische Marokko-Note zur Kenntnis brachte, wurde der Termin für die Einberufung der Kammer auf den 13. Oktober festgesetzt. Die Regierung wird darauf bestehen, daß unter den ersten zur Verhandlung stehenden Gegenständen sich der Gesetzentwurf über den Schulzwang befindet. — Nach den am Schluß des Ministerrats gewonnenen Eindrücken zu schließen, erkannten die Minister einmütig den versöhnlichen Charakter der deutschen Antwort auf die Marokko-Note an. Es scheint über alle prinzipiellen Fragen ein Einvernehmen erzielt zu sein. Einer Regelung werden nur Detailfragen bedürfen, über die eine Verständigung wahrscheinlich ist.

Auch die maßgebenden Pariser Abendblätter vom Donnerstag konstatieren mit Befriedigung den versöhnlichen Ton der deutschen Antwort auf die französisch-spanische Note. Temps erklärt, Frankreich werde gewiß in gleich versöhnlicher Sprache antworten. Journal des Débats sagt, die Antwort Deutschlands zeige, daß es auf die bona fides Frankreichs rechne, und dieses Vertrauen werde nicht getäuscht werden.

Die Agence Havas veröffentlicht eine Note folgenden Inhalts: Nach einem Artikel der Frankfurter Zeitung hat deren Korrespondent in San Sebastian von dem früheren spanischen Minister und jetzigen Deputierten Villanueva Mitteilungen erhalten über die Rolle, die Frankreich beziehungsweise Spanien in den marokkanischen Angelegenheiten gespielt haben sollen. Unter anderen Unrichtigkeiten, auf die einzugehen wir für unnötig erachten, soll Villanueva erklärt haben, die Spanien von der französischen Regierung vorgeschlagene, zur Mitteilung an die Signatarmächte von Algeciras bestimmte Note sei in aggressiven, gegen Deutschland gerichteten Ausdrücken abgefaßt gewesen. Spanien sei es gewesen, das auf die Notwendigkeit hingedeutet habe, die Note in anderer Form zu redigieren. An dieser Erklärung ist kein wahres Wort.

Deutsche Obstruktion im böhmischen Landtag.

Vor der gestrigen Sitzung des böhmischen Landtages verlangten die deutschen Abgeordneten, daß das Haus nicht in die Tagesordnung eintrete. Der Oberstlandmarschall lehnte dies ab. Daraufhin erklärten die Deutschen, sofort mit der Obstruktion einzusetzen. Während der Sitzung verhinderten die Deutschen das Eintreten in die Tagesordnung und ließen die tschechischen Redner nicht zu Worte kommen. Der Oberstlandmarschall vermochte die Ruhe nicht wiederherzustellen und verließ unter andauerndem Lärm den Saal. Die tschechischen Abgeordneten hielten die Estrade besetzt. Als der Oberstlandmarschall wieder im Saale erschien, drangen die Deutschen gegen den Präsidententisch vor und schleuderten Aktenstücke in den Saal. Der Oberstlandmarschall erklärte darauf diese Vorgänge des Landtages für unwürdig und schloß unter andauerndem Lärm des Hauses die Sitzung. Die nächste Sitzung findet heute (Freitag) statt.

Der Fürst von Bulgarien in Budapest.

Fürst Ferdinand von Bulgarien empfing gestern vormittag in Budapest den Minister des Aeußeren Frhrn. v. Aehrenthal in halbstündiger Privataudienz. Mittags fand zu Ehren des Fürsten und der Fürstin von Bulgarien eine Frühstückstafel am Hofe statt. Nach herzlicher Verabschiedung erfolgte sodann die Abreise des Fürsten Ferdinand nach Steinamanger zum Besuche des 11. Husarenregiments, dessen Inhaber er ist. Die Fürstin reiste nach Wien ab.

Aus Konstantinopel

meldet die Frankfurter Zeitung: Die Bewohner des Libanon sandten an die hiesigen Botschafter ein Zirkulartelegramm, in dem sie auf das entschiedenste gegen die ihnen aufoktroyierten Wahlen zum türkischen Parlament protestieren. Die Autonomie des Libanon sei durch einen Vertrag mit sechs Großmächten garantiert, und diese Autonomie dürfe keine Schmälerung erfahren, weshalb der Libanon es ablehne, Deputierte in das Parlament zu entsenden.

Verhaftung eines spanischen Anarchisten.

In Pau wurde, wie aus Paris gemeldet wird, ein spanischer Anarchist namens Canatrava verhaftet. Er steht im Verdacht, einen Mordanschlag gegen den König von Spanien angestiftet zu haben.

China.

Wie ein Telegramm aus Peking berichtet, wird der Gouverneur von Fentien, Tang Shao Yi, der nach Europa und Amerika abgereist ist, um Finanzstudien zu machen, auf seiner Reise auch Deutschland besuchen.

Die Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft meldet aus Schanghai d. 24.: Tang Shao Yi hat dem Thron eine Denkschrift über die Notwendigkeit einer Währungsreform zur Ausführung der in den Handelsverträgen gemachten Zusagen unterbreitet. Da Tang Shao Yi heute seine Reise nach Europa über Tokio und Washington angetreten hat, gibt die fremde Presse teilweise der Auffassung Ausdruck, die Denkschrift sei auf den Wunsch zurückzuführen, Vorwürfen des Auslandes wegen der nicht erfüllten Zusagen Chinas vorzubeugen.

Weitere Meldungen der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft aus Schanghai besagen: Die Agitation gegen die deutschen Bergwerke in Schantung wird trotz der amtlichen Auflösung der Gesellschaft zum Schutze des Bergbaus durch geheime Gesellschaften mit allem Nachdruck fortgesetzt. Da die Behörden mit der größten Wachsamkeit und Entschlossenheit dem angedrohten Boykott entgegentreten, so ist der Ausbruch des Boykotts unwahrscheinlich.

Der Gouverneur von Schantung Yuan Shu Huen reist von Tsinan-fu ab, um eine eingehende Inspektion des Dammes am Gelben Flusse bis zum Kaiserkanal vorzunehmen.

Die Londoner Morning Post meldet aus Schanghai, es verlaute dort, die chinesische Regierung habe den Generalzollinspektor Sir Robert Hart ersucht, unverzüglich nach Peking zurückzukehren. — Oberst Spicer Simson ist gestern aus Chungking nach Schanghai zurückgekehrt, nachdem es ihm gelungen ist, für die englische Admiralität den ersten Entwurf einer Karte des Yangtsekiang herzustellen.

Zur Lage in Persien

berichtet das Reutersche Bureau: Die Antwort des Schahs auf die englisch-russische Note ist in London eingetroffen. Die Note stimmt der Aufforderung, neue Wahlen auszuschreiben und ein neues Parlament zusammenzuberufen, zu, deutet aber an, daß der Schah angesichts der zerrütteten Verhältnisse in einer seiner Provinzen hierfür den geeigneten Zeitpunkt auswählen müsse. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man jedoch, daß dieser Vorbehalt dem Wunsche der persischen Regierung zuzuschreiben ist, nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie einem fremden Zwange weiche, und man ist nicht der Ansicht, daß darin ein Versuch des Schahs zu erblicken sei, der Erfüllung seiner Versprechungen auszuweichen. Ebensowenig besteht anderseits auf seiten Rußlands und Englands die Absicht, einen solchen Zwang auszuüben, vielmehr will man lediglich Ratschläge erteilen zur Wiederherstellung der Ordnung und einer geregelten Verwaltung. Es sind ferner amtliche Nachrichten eingetroffen über den Angriff persischer Kosaken auf die indischen Wächter der britischen Gesandtschaft, bei welchem Angriff der britische Befehlshaber der Truppen bedroht und zwei Inder verwundet wurden. Durch die abgegebenen Erklärungen und durch die von dem Befehlshaber der Kosaken unternommenen Schritte zur Bestrafung der Schuldigen wird der Zwischenfall jedoch als erledigt betrachtet.

Wie ein Londoner Blatt aus Täbris meldet, bestand die von den Anhängern der Schahpartei für Donnerstag angekündigte Bestrafung von Täbris darin, daß aus einer Entfernung, die für eine wirksame Beschießung zu groß war, sechs Geschützsalven auf die Stadt abgefeuert wurden. Die Nationalisten hatten Maßregeln getroffen, um einem Angriffe entgegenzutreten. Die Barrikaden waren von Männern mit Gewehren, Schaufeln und Sensen besetzt.

Hof- und Personalnachrichten.

* Prinz Oskar von Preußen ist gestern nachmittag 1 Uhr 8 Min. auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen und 3 Uhr 5 Min. vom Bahnhof Friedrichstraße nach Vietz weitergereist.

* Die Kronprinzessin von Griechenland und das Erbprinzliche Paar von Sachsen-Meiningen sind gestern nachmittag aus Meiningen auf Schloß Friedrichshof bei Cronberg eingetroffen.

* Der Justizminister Dr. Beseler ist in dienstlichen Angelegenheiten nach der Provinz Westfalen abgereist.

* Der Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Richter hat sich auf Urlaub begeben.

** Der dänische Gesandte v. Hegermann-Lindencrone ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

** Der siamesische Gesandte Phya Sridhamasasana ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

* Zum Rücktritt des bisherigen Großherzoglich hessischen Gesandten in Berlin, Wirkl. Geh. Rates Dr. Karl v. Neidhardt, schreibt die Darmstädter Zeitung: „Mit ihm scheidet der älteste Bevollmächtigte zum Bundesrat aus dieser Körperschaft aus, der er nahezu 36 Jahre angehört hat. Dr. v. Neidhardt, geboren am 10. November 1831 zu Alsfeld, studierte nach Absolvierung des Gymnasiums zu Darmstadt Rechtswissenschaft auf den Universitäten Gießen und Heidelberg. Im Frühjahr 1854 bestand er die juristische Fakultätsprüfung in Gießen und im Frühjahr 1856 die Staatsprüfung für das Justiz- und Regierungsfach. Vom April 1861 an wurde er mit Aushülfeleistung beim Sekretariat des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und des Aeußern (des nachmaligen Staatsministeriums) beauftragt. Am 1. November 1861 wurde er bei diesem Ministerium als Sekretariatsaccessist angestellt. Nachdem er zum Ministerialsekretär 1. Klasse aufgerückt war, erhielt er im Mai 1867 den Charakter als Legationsrat. Am 30. Oktober 1868 wurde er zum vortragenden Rat im genannten Ministerium mit dem Titel als Geheimer Legationsrat und am 4. April 1870 zum Ministerialrat befördert. In dieser Stellung wurde er am 3. Oktober 1872 zum Bevollmächtigten zum Bundesrat des Deutschen Reichs ernannt und im gleichen Monat mit Stellvertretung des Großherzoglichen Gesandten am Königlich preußischen Hofe, welchen Posten Minister v. Hofmann nach seiner Berufung zum Ministerpräsidenten beibehalten hatte, beauftragt. Am 23. Juni 1876 wurde ihm der Gesandtenposten in Berlin definitiv übertragen. Vom Oktober 1871 bis zum Juli 1876 versah er auch die Funktionen eines hessischen Bevollmächtigten bei der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt. Im Juni 1878 erfolgte seine Ernennung zum Staatsrat, und am 12. September 1884 wurde ihm der Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat „Exzellenz" verliehen. Im Januar 1896 wurde er in den erblichen Adelstand des Großherzogtums erhoben. Er ist im Besitze der höchsten Ordensklassen des Ludewigs-Ordens und des Verdienstordens Philipps des Großmütigen; seine Verdienste haben aber auch vielfach durch hohe Auszeichnungen anderer Bundesfürsten entsprechende Würdigung gefunden. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre seinen wohlverdienten Ruhestand zu genießen."

Der nunmehrige Gesandte in Berlin, Geheime Rat Frhr. von Gagern ist ein Sohn Heinrichs v. Gagern, des Präsidenten des Frankfurter Parlaments. Er ist seit dem 1. Juni 1881 im hessischen Staatsdienst tätig, war zunächst Kreisrat in Worms, dann Provinzialdirektor in Gießen und später in Mainz.

---

* Ein in Peking unter dem 23. d. veröffentlichtes Edikt ernennt Yin Tschang zum Gesandten in Berlin.

---

* Generalleutnant z. D. Julius v. Schmidt ist im Alter von 82 Jahren in Kassel gestorben. Er war, so erinnert die Kreuzzeitung, am 3. August 1827 als Sohn des späteren kurhessischen Generalmajors und Kriegsministers Heinrich Schmidt in Kassel geboren, trat am 9. Juni 1846 aus dem Kadettenhaus als Portepeefähnrich in das kurhessische Leib-Garderegiment ein, wurde am 26. Juli 1846 Sekondleutnant und am 5. April 1853 Premierleutnant. Nachdem er im selben Jahre Bataillonsadjutant im kurhessischen Leib-Gardebataillon geworden war, fand er Verwendung als Regiments- und Brigadeadjutant; am 12. April 1863 wurde er zum Hauptmann befördert und in den Generalstab versetzt; von hier wurde er im September desselben Jahres zum Adjutanten des zur Bundesinspektion des Großherzoglich badischen Kontingents entsandten kurhessischen Generals bestimmt, in welcher Stellung er sich so bewährte, daß er vom 1. April bis 15. Juni 1866 als Regierungskommissar in Militärangelegenheiten bei der kurhessischen Ständeversammlung vom Kurfürsten ernannt wurde. Nach der Annektierung Kurhessens trat er am 30. Oktober 1866 in preußische Dienste über, wurde dem Großen Generalstabe zugeteilt und später im Generalstabe des 3. Armeekorps verwendet. Am 17. Oktober 1867 wurde er Major, in welcher Dienststellung er den Krieg 1870/71 mitmachte, und zwar als erster Generalstabsoffizier beim Oberkommando der 2. Armee unter Führung des Prinzen Friedrich Karl von Preußen. Er hatte sich in seiner Stellung so ausgezeichnet, daß er mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse geschmückt aus dem Feldzuge heimkehrte und bald darauf, am 31. Oktober 1871, zum Kommandeur des 1. Bataillons des Infanterieregiments Nr. 52 befördert wurde. 1873 wurde ihm der erbliche Adel verliehen, und weiter wurde er in demselben Jahre zum Oberstleutnant befördert. Demnächst wurde er mit der Führung des damaligen Westfälischen Füsilierregiments Nr. 37 beauftragt, das er von 1875 bis 1881 als Kommandeur befehligte. Zum Generalmajor befördert, erhielt er das Kommando über die 37. Infanteriebrigade, worauf er im Jahre 1886 als Generalleutnant zur Disposition gestellt wurde.

Deutsches Reich.

* Ueber den **Saatenstand im Deutschen Reiche** um Mitte September veröffentlicht das Kaiserliche Statistische Amt folgende Ziffern, von denen 2 gut und 3 einen mittleren Stand bedeutet:

Kartoffeln 2,6 (September 1907 2,6), Klee 2,6 (2,7), Luzerne 2,4 (3), Bewässerungswiesen 2,8 (2,7), andere Wiesen 2,7 (3). Die Bemerkungen dazu besagen: In dem Berichtsmonat herrschte vorwiegend regnerisches und kaltes Wetter. Trotz reichlicher Niederschläge sollen doch in vielen Gegenden die Aecker für die Herbstbestellung noch zu trocken und zu hart sein. Für die Beendigung der Getreideernte war die Witterung recht ungünstig; besonders die Einbringung des Hafers und der Gerste verzögerte sich. Der Hafer ist stellenweise überhaupt noch nicht zur Reife gelangt. Die Winteraussaatsarbeiten sind infolge der Nässe auch verschiedentlich noch im Rückstande. Der Stand der Kartoffeln findet infolge der naßkalten Witterung eine ungünstigere Beurteilung. Die Berichte sprechen von drohender Knollenerkrankung. Die bisherigen Ernteergebnisse sind meist nicht ungünstig ausgefallen, wenn auch die Größe der Knollen nicht überall befriedigt. Für Klee und Luzerne waren die vielen Niederschläge nicht ungünstig, sie verzögerten aber das Abernten des letzten Schnittes. Die Nachmahd war schwer, verschiedentlich noch nicht einzubringen. Die Entwicklung der diesjährigen Einsaat ist recht günstig. Der Stoppelklee steht größtenteils üppig. Die Grummeternte ist meist noch im Gange, da sie durch die nasse Witterung beeinflußt worden ist. Die Erträge sind befriedigend, an Güte litt aber das Futter vielfach ziemlich erheblich. Hier und da ist es zum Teil verdorben.

* Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den auf die Einhaltung der möglichsten **Sparsamkeit bei Staatsbauten** abzielenden Erlaß der zuständigen preußischen Minister vom 1. August d. J. den Eisenbahndirektionen zur Beachtung mitgeteilt und bemerkt dazu:

Auf Eisenbahnhochbauten des Betriebs- und Verkehrsdienstes von voraussichtlich nur beschränkter Dauer bezieht sich der im Erlaß enthaltene Hinweis auf die Wahl der Konstruktion und der Baustoffe zur Sicherung einer möglichst langen Dauer der Gebäude selbstverständlich nicht. Hierfür bleiben die Bestimmungen des Erlasses vom 28. Oktober 1907 auch weiterhin maßgebend. Im übrigen vertraue ich, daß die Königlichen Eisenbahndirektionen auch bei den Bauausführungen, die schon eingeleitet sind, weitmöglichst in den zulässigen Grenzen auf Sparsamkeit hinwirken und bei der äußeren Gestaltung der Gebäude, sowie der inneren Ausstattung jede unnötige Geldausgabe vermeiden werden.

* Mit Bezugnahme auf die erneuten Auseinandersetzungen im **Deutschen Flottenverein** wird der National-Zeitung aus Berliner Kreisen des Vereins u. a. geschrieben:

„Die Schwarzburg-Rudolstädter, dazu die Landesverbände des Großherzogtums Sachsen, von Reuß j. L., ferner allerlei, doch nicht allzuviele Gruppen in Hessen und der Rheinprovinz faßten Stellung gegen die Bayern. In Resolutionen fordern sie den Rücktritt der bayerischen Führer und drohen, falls ihr Verlangen nicht alsbald erfüllt wird, mit ihrem und anderer Austritt aus dem Verein, oder doch wenigstens mit der Nichtbeschickung der nächsten, auf bayerischem Boden stattfindenden Hauptversammlung. — Fragt man nun aber: womit begründen denn die Unzufriedenen ihre Forderung?, so fällt die Antwort recht dürftig aus. Die derzeitigen bayerischen Führer seien eine Gefahr für den Flottenverein, heißt es dann wohl; warum aber diese Herren eine Gefahr sein sollten, das weiß niemand auch nur einigermaßen überzeugend darzulegen. Man möchte sie eben kalt gestellt sehen, weil man in ihnen mit Recht Gegner der radikalen Richtung des Generals Keim und seiner Freunde sieht, und weil man selbst dieser Richtung das Uebergewicht, das sie vor Danzig besessen, zurückgewinnen möchte. Dabei vergessen die betreffenden Anhänger der Keim-Richtung, daß sie sich den Bayern gegenüber zur Ungerechtigkeit hinreißen lassen, und denken nicht daran, wie sie es aufnähmen, wenn die Bayern verlangten, es sollten beispielsweise die Führer des weimarischen oder reußischen Verbandes ihre Aemter niederlegen. Wer gerecht denkt und sich durch persönliches Uebelwollen in seinem Urteil nicht beeinträchtigen läßt, muß offen zugeben, daß die bayerischen Führer keinen sichtbaren Anlaß haben, zurückzutreten und so ihren Gegnern und deren radikaler Richtung einen leichten Sieg zukommen zu lassen. Man wird es vielmehr wohl begreifen und nicht tadeln können, daß, wie im gestrigen Abendblatt der National-Ztg. mitgeteilt wurde, der bayerische Landesverband die Forderung des Rücktritts seiner Führer ebenso einmütig als entschieden abgelehnt hat. Gleichzeitig ist dieses Verhalten der Bayern ein Beweis dafür, daß sie ihre Führer, selbst wenn diese wider Erwarten zurückträten, eben wiederwählen würden. Und was dann? — Am 26. d. M., das ist morgen, tritt nun hier in Berlin das Präsidium des Gesamtflottenvereins zusammen, um Beratungen zu pflegen, in deren Mittelpunkt der Sturm gegen die Bayern stehen wird. Nach der bisherigen objektiven Haltung des Präsidiums zu diesem Sturm darf man wohl annehmen, daß es auch jetzt in strenger Unabhängigkeit prüfen und versuchen wird, den Streit zu schlichten. Hoffentlich gelingt es Herrn v. Koester und seinen Präsidiumskollegen auch wirklich, eine Einigung herbeizuführen, oder doch wenigstens die Zahl der Unzufriedenen im Verein so zu vermindern, daß sie mit ihren Sonderwünschen nicht ferner einen Hemmschuh für dessen ersprießliche Fortentwicklung bilden. Mag sein, es läßt sich bei diesem Einigungswerk nicht vermeiden, daß einzelne kleine Glieder des Verbandes absplittern; aber besser das, als daß der Flottenverein an seinem gesamten Körper weiterkrankt. Schließlich sind ja auch die kleinen etwa absplitternden Teile unter sich nicht so sehr ein Ganzes, auch der Rudolstädter Verband nicht, als daß nicht aus ihnen sogleich oder doch bald dem Gesamtverbande anhängende, lebensfähige Neubildungen erstünden."

In ähnlicher Weise hat sich in der Rudolstädter Zeitung der Hofmarschall des Fürsten zu Schwarzburg-Rudolstadt, Herr v. Priem, geäußert. — Uebrigens teilen die Münch. N. Nachr. mit, daß sich die Ortsgruppe Kaiserslautern des Deutschen Flottenvereins dem Vorgehen des Rudolstädter Landesverbandes angeschlossen und die Ansicht kundgegeben hat, daß durch das Verbleiben der bayerischen Führer in ihren Aemtern „der Friede im Flottenverein gestört und der Bestand des nationalen Volksvereins ernstlich gefährdet" sei. Die Ortsgruppe will gegebenenfalls mit einer Reihe anderer Pfälzer Ortsgruppen aus dem bayerischen Landesverband austreten und dann selbständig „auf die Förderung des deutschen Flottengedankens nach bewährter bisheriger Art" hinwirken.

* Man schreibt uns: Zum Zwecke der Neuregelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der **akademisch gebildeten Kirchenorganisten** hat die Regierung Erhebungen in den einzelnen Provinzen über diese Verhältnisse anstellen lassen. Das gewonnene Material ist jetzt den kirchlichen Verwaltungsbehörden zugestellt worden mit dem Wunsche, wenn möglich noch im laufenden Rechnungsjahre gleichzeitig mit der Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen und Lehrer auch die Besoldung der Organisten zu regeln und einheitlicher zu gestalten. — Weiter heißt es in dieser Zuschrift aus beteiligten Kreisen:

„Wie dringend nötig die erstrebte Regelung der Anstellungsbedingungen und der Gehaltsaufbesserung der akademischen Kirchenmusiker geworden ist, dürfte aus folgendem hervorgehen: Die akademischen Kirchenmusiker haben bisher rechtlich keinen Anspruch auf Anstellung an bestimmten, ihnen vorbehaltenen Stellen. Auch die größten und wohlhabendsten Gemeinden können nach Belieben wählen, heute einen Akademiker und morgen vielleicht einen zivilversorgungsberechtigten Hoboisten. Noch übler steht es mit der Besoldung. 50 pCt. der hauptamtlich angestellten Petenten beziehen ein versteuerbares Kircheneinkommen von 900 bis 1800 ℳ — obwohl der Durchschnitt fünf Semester auf einer Königl. Akademie und noch so manches Jahr bei Privatlehrern studiert hat —, und 50 pCt. der im Nebenamt angestellten Petenten beziehen ein versteuerbares Kircheneinkommen von 300 bis 900 ℳ bei einer Studienzeit von durchschnittlich zwei Semestern und vier Monaten. Es wird wohl niemand behaupten können, daß eine derartige Besoldung der für das Studium aufgewendeten Zeit, Mühe und Kosten entspräche. Aehnlich der Besoldung steht es mit der Pension. 1500 ℳ Höchstpension ist im Kirchengesetz für die akademischen Kirchenmusiker vorgesehen —! Unter solchen Verhältnissen nimmt es kein Wunder, wenn sich kein tüchtiger Mann mehr danach drängt, Kirchenmusik zu studieren, und daß diese selbst trotz aller Bemühungen der Kirchenbehörden und aller guten Ermahnungen derselben sich absolut nicht heben lassen will. Daß das Bild richtig gemalt ist, beweisen Aeußerungen von Autoritäten auf dem Gebiete der kirchlichen Kunst. D. Georg Rietschel, ordentlicher Professor der Theologie in Leipzig, schreibt in dem Vorwort zu seinem Buch über „die Aufgabe der Orgel im Gottesdienst": „Das Amt der Organisten und Kantoren, welches im 17. und 18. Jahrhundert eine so hohe Bedeutung hatte, ist in heutiger Zeit vielfach unterschätzt. Es ist tief zu beklagen, daß oft tüchtige Kräfte sich ihm entziehen, um lieber auf anderen Gebieten ihre Kunst zu betätigen. Aber der Vorwurf trifft doch auch die Kirche, in welcher nach der überreichen Entfaltung der Kirchenmusik im 17. und 18. Jahrhundert eine allzustarke Reaktion und Mißachtung der liturgischen und musikalischen Seiten des Gottesdienstes eingetreten ist." — Zwei andere Autoritäten, die Professoren Dr. Spitta und Dr. Julius Smend an der Universität Straßburg, schreiben in der Nr. 8 vom November 1896 der Monatsschrift für Gottesdienst und kirchliche Kunst: „Die vierte der Anfragen, die der Besoldung unserer Organisten gedenkt, hat uns ebenfalls eine Fülle wertvoller Notizen eingetragen. . . . . Wo aber für den Organisten unter solchen Umständen bisweilen Zeit und Lust herkommen soll, sich auf die Hauptsache, auf sein Amt vorzubereiten, wie er es vielleicht selbst wünscht, muß dahingestellt bleiben, so lange er auf Nebenverdienst geradezu angewiesen ist, um wenigstens ordentlich auskommen zu können. . . . . Zur Ermöglichung unabhängiger und dabei auskömmlicher Stellen wird eine Besoldung befürwortet, welche derjenigen eines Diakonus gleichkommen müßte." — Die akademischen Musiker sind mit ihren Forderungen noch weit hinter diesen Vorschlägen zurückgeblieben. Sie erbaten vorläufig eine Besoldung, welche der der Rektoren bezw. Mittelschullehrer ihrer Amtsorte gleichkommt. Die Erfüllung ihrer Wünsche scheint ja nun endlich wirklich nicht ganz aussichtslos, da nicht nur die außerordentliche Generalsynode und die Gemeindekommission des preußischen Abgeordnetenhauses, sondern auch der Herr Kultusminister begonnen haben, den Bestrebungen Beachtung zu schenken. Unbescheiden kann man die aufgestellten Forderungen sicher auch nicht nennen, da sie ja noch nicht einmal an das heranreichen, was kunstliebende und einsichtsvolle Männer wie die Theologen Dr. Spitta und Dr. Smend für notwendig erachtet haben, und da zudem die Petenten geduldig warteten, bis den Geistlichen wiederholt gesetzliche Regelung ihrer Verhältnisse geworden ist. Zieht man in Erwägung, daß gerade die Kirchenmusiker vornehmlich es sind, welche überall im lieben Vaterlande — in den allermeisten Fällen ohne Entgelt — die Kunstvereine leiten, die als Musik-, Oratorium- oder Chorvereine usw. an ihrem Teile ehrlich helfen, daß dem deutschen Volke die „Ideale erhalten bleiben", so steht zu hoffen, daß man in der erwünschten Aufbesserung die Gelegenheit sehen wird, seine langjährige Schuld an die abzutragen, denen man so manch edlen Genuß und so manche reine Lebensfreude verdankt und die auch unter den widrigsten Verhältnissen nicht müde geworden sind, ihrer Kunst und durch sie dem Volke zu dienen. Möchte man also den durchaus berechtigten Wünschen gerecht werden, ihre aus Liebe zur Kirchenmusik in ehrlichem Studium erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten dadurch für die Kirche wieder frei machen und den Kirchenmusikern die Möglichkeit wiedergeben, als „Künstler im Dienst der Kirche" ihren großen Berufsgenossen aus alter Zeit nachzueifern."